

## Unterrichtsbeispiel

### Wenn alle Politik machen: BürgerInnenbeteiligung am Beispiel „Stuttgart 21“

Ammerer, Heinrich: Wenn alle Politik machen: BürgerInnenbeteiligung am Beispiel „Stuttgart 21“. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Politische Handlungsspielräume. Informationen zur Politischen Bildung, Heft 34, 2011, S. 57-68

<http://www.politischebildung.com/>

# Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Heinrich Ammerer

## Wenn alle Politik machen: BürgerInnenbeteiligung am Beispiel „Stuttgart 21“

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	„Wer macht Politik?“
<b>Zielgruppe/Alter</b>	Sekundarstufe II/ab der 11. Schulstufe
<b>Lehrplanbezug (AHS-Unterstufe)</b>	Siehe Online-Version
<b>Dauer</b>	1–2 Unterrichtseinheiten
<b>Politische Kompetenzen</b>	Urteilskompetenz, Handlungskompetenz
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Sollen und können BürgerInnen bei politischen Entscheidungen stärker eingebunden werden?</li><li>▶ Welche Möglichkeiten gibt es, um repräsentative Demokratien partizipatorischer zu gestalten?</li></ul>
<b>Emotionen in Politik</b>	<b>Methodisch-didaktische Hinweise</b> „Wutbürger“, die „brüllen und hassen“, „wild entschlossen, in fanatischer Gegnerschaft“ <sup>1</sup> ? Oder eher „Mutbürger“, deren Proteste „ein Segen für die Demokratie“ <sup>2</sup> sind? In der Presse spiegelte sich die hitzige Emotionalität wider, welche die heftigen Proteste gegen das deutsche Großprojekt „Stuttgart 21“ im Jahr 2010 in die deutsche Innenpolitik brachten. Von Politikverdrossenheit keine Spur: Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, vom/von der Jugendlichen bis zum „renitenten Rentner“ <sup>3</sup> , beteiligten sich an den Protesten und forderten beim Bahnhofsumbau ein Mitspracherecht ein, das über die Usancen der repräsentativen Demokratie hinausgeht. (Siehe Darstellung im Arbeitswissenskasten „Der Streit um ‚Stuttgart 21‘“.)
<b>Keine Politikverdrossenheit</b>	
<b>Legitimation politischer Entscheidungen</b>	„Stuttgart 21“ stieß damit eine mediale Debatte darüber an, wodurch politische Entscheidungen eigentlich legitimiert werden, wie „Politik gemacht“ wird und ob Betroffene stärker in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden sollen. Nicht wenige verlangten ein grundsätzliches politisches und gesellschaftliches Umdenken, wie etwa der Sozialpsychologe Harald Welzer, der forderte, „auf[zu]hören damit, dass technokratische Planer festlegen, was notwendig ist, das dann an die Politik weitergeben, die die ganzen gesetzgeberischen Prozesse durcharbeitet und dann staunt, dass die Leute nicht wollen, was ihnen da vor die Nase gesetzt wird. Wir haben in allen gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen diese unsägliche Kombination aus Expertokratie und Politik.“ <sup>4</sup> Auch wenn „Stuttgart 21“ kein österreichisches Thema ist, lässt sich die Grundsatzdebatte auch auf Großprojekte hierzulande (z.B. Koralmtunnel) umlegen.
<b>Formen partizipatorischer Demokratie</b>	Für den Unterricht bietet sich die Thematik „Stuttgart 21“ als Ausgangspunkt für Diskussionen über partizipatorische Demokratieformen an. Die im Unterrichtsbeispiel gesammelten Quellen und formulierten Arbeitsaufgaben sollten daher nur als Impuls für Diskussionen im Plenum betrachtet werden.

**UNTERRICHTSBEISPIEL**

<b>11.–13. Schulstufe</b>	Unterrichtsbeispiel für die 11.–13. Schulstufe. Ziel des Beispiels ist, von der Beschäftigung mit dem Fallbeispiel „Stuttgart 21“ zu einer möglichst intensiven Diskussion über die Handlungsspielräume von BürgerInnen bei politischen Entscheidungen zu gelangen.
<b>Demokratie- modelle</b>	Das Unterrichtsbeispiel kann als Einstieg in den Themenbereich „Demokratiemodelle“ dienen. Voraussetzung ist aber Überblickswissen über die Konzepte „repräsentative Demokratie“ (politische Entscheidungen werden von VolksvertreterInnen getroffen) und „direkte Demokratie“ (politische Entscheidungen werden per Abstimmung von der Bevölkerung getroffen).
<b>BASISMODUL</b>	
<b>Arbeitswissen</b>	Zu Beginn eignen sich die SchülerInnen als Grundlage das themenbezogene Wissen an (Arbeitswissen „Der Streit um ‚Stuttgart 21‘“). Im Anschluss werden die SchülerInnen mit unterschiedlichen Stellungnahmen zu den Protesten konfrontiert und lösen die zugehörigen Arbeitsfragen. Die Ergebnisse werden hernach im Plenum diskutiert.
<b>Partner-/ Gruppenarbeit</b>	
<b>Arbeitsaufgaben</b>	
<b>Partnerarbeit/ Diskussion</b>	<p>Beantworten Sie die folgenden Arbeitsfragen zunächst in Partnerarbeit und vergleichen/ diskutieren Sie anschließend die Ergebnisse mit der Klasse:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. In den Interviews Q<sub>1</sub>–Q<sub>6</sub> (siehe Online-Version) äußern sich verschiedene Personen zur Frage, ob die heftigen Proteste gegen „Stuttgart 21“ einen Projektstopp erzwingen dürfen. Sammeln Sie schriftlich die Argumente, die dabei vorgebracht werden.</li> <li>2. Welche der Argumente halten Sie für überzeugend, welche überzeugen Sie nicht? Begründen Sie Ihr Urteil.</li> <li>3. Die Protestierenden fordern eine Volksabstimmung über den Stopp des Projektes. Halten Sie diese Forderung (unabhängig von den formalen und rechtlichen Hindernissen) grundsätzlich für berechtigt? Wenn ja, wer soll abstimmen dürfen? Ist „Stuttgart 21“ ein lokales (Stuttgart), regionales (Baden-Württemberg) oder nationales (Deutschland) Problem? Und welches Ergebnis (hinsichtlich Wahlbeteiligung und Mehrheiten) sollte ausreichen, um einen Baustopp zu erzwingen?</li> <li>4. Der Streit um „Stuttgart 21“ zeigte für manche PolitikwissenschaftlerInnen eine Schwachstelle der repräsentativen Demokratie auf: die vergleichsweise geringe Möglichkeit der BürgerInnenbeteiligung bei politischen Streifragen.             <ol style="list-style-type: none"> <li>a. Wie ließe sich diese Schwachstelle Ihrer Meinung nach beseitigen? Entwerfen Sie ein Szenario, in dem die BürgerInnen in die politischen Entscheidungsprozesse stärker eingebunden werden.</li> <li>b. Sollen die BürgerInnen überhaupt stärkeren Einfluss auf den politischen Alltag haben, oder ist allen besser gedient, wenn sich PolitikerInnen und ExpertInnen um die Entwicklung kümmern?</li> </ol> </li> <li>5. Welche Vor- und Nachteile sehen Sie bei repräsentativen Demokratieformen, welche bei (eher) direkten Demokratieformen? Formulieren Sie jeweils mindestens zwei.</li> </ol>
<b>AUFBAUMODUL</b>	
<b>Vertiefung</b>	Erweist sich die Diskussion als fruchtbar, kann zur Vertiefung auf das Schlichtungsverfahren zu „Stuttgart 21“ eingegangen werden. Dabei benötigen die SchülerInnen zunächst das Arbeitswissen zu den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 (siehe gleichnamigen Arbeitswissenskasten). Als Impuls für die weitere Diskussion lesen die SchülerInnen die Statements zum Schlichtungsverfahren (siehe Materialien Q <sub>7</sub> –Q <sub>10</sub> in der Online-Version) und beantworten anschließend die Arbeitsfragen.

Im 19. Jahrhundert wurden in Europas Großstädten v. a. Kopfbahnhöfe gebaut, wo Züge nur auf einer Seite ein- und ausfahren konnten. Da das bisweilen noch notwendige Umstellen der Loks und Waggonen den Fernverkehr aufhält, wurden sie zum Teil zu Durchgangsbahnhöfen umgebaut. Auch in Stuttgart, der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg, wurde Anfang der 1990er-Jahre geplant, den bestehenden Kopfbahnhof abzureißen und durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof zu ersetzen (Projekt „Stuttgart 21“). Dadurch sollte die Kapazität des Bahnhofs erhöht und der Ausbau einer Strecke ermöglicht werden, die in einigen Jahrzehnten Teil einer Hochgeschwindigkeitsverbindung Bratislava–Paris sein könnte.

**BefürworterInnen des Projektes versprachen sich dadurch Vorteile:**

- ▶ Die Fahrzeit zwischen Stuttgart und Ulm würde halbiert.
- ▶ Das Umsteigen würde für die Fahrgäste viel einfacher.
- ▶ Stuttgart würde besser an den internationalen Bahnverkehr angebunden.
- ▶ Das Projekt könnte etwa 4.000 neue Arbeitsplätze schaffen und belebe die Bauwirtschaft.
- ▶ Die frei werdenden großen Gleisflächen würden in Wohnraum und in Parks umgewandelt werden.

**Die GegnerInnen des Projekts befürchteten jedoch Nachteile:**

- ▶ Das Projekt kostet sehr viel Geld, dadurch könnten viel dringendere Bahnprojekte in Deutschland nicht gebaut werden. Außerdem sei unklar, wie hoch die Kosten letztlich wirklich sein würden. Die Modernisierung des bestehenden Kopfbahnhofes würde jedenfalls nur einen Bruchteil davon kosten.
- ▶ Auch mit dem Kopfbahnhof könnte Stuttgart an die Schnellbahnstrecke angebunden werden.
- ▶ Im Schlossgarten müssten für den Bau alte Bäume gefällt werden.
- ▶ Der unterirdische Bahnhof ist technisch schwierig herzustellen und könnte Probleme verursachen.
- ▶ Das Klima in Stuttgart könnte sich verändern, weil die bestehenden großen Gleisflächen die in einem Kessel gelegene Stadt im Sommer kühlen.

12 Jahre lang durchlief das Bauvorhaben alle notwendigen politischen und rechtlichen Instanzen, bis es 2006 vom Landtag endgültig beschlossen wurde. Die Bundesrepublik Deutschland, das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Deutsche Bahn einigten sich über die Aufteilung der Kosten. Studien, die die Durchführbarkeit und die Wirtschaftlichkeit des Projektes kritisch bewerteten, wurden von den Behörden und der Deutschen Bahn zurückgehalten.<sup>1</sup>

Die Bevölkerung war dem Projekt gegenüber gespalten: Meinungsumfragen ergaben wechselnde Mehrheiten für und gegen „Stuttgart 21“. 2007 sammelten ProjektgegnerInnen über 60.000 Unterschriften, mit denen sie eine Bürgerentscheidung über das Bauprojekt herbeiführen wollten. Der Stuttgarter Gemeinderat lehnte aber eine Bürgerentscheid mit der Begründung ab, dass eine solche Abstimmung rechtlich nicht mehr möglich sei. Außerdem würde ein Ausstieg aus dem Projekt nun viel Geld kosten, da dann teure Vorarbeiten umsonst gewesen wären.

Mit dem Baubeginn im Februar 2010 nahmen die Proteste an Schärfe zu – jede Woche demonstrierten nun tausende StuttgarterInnen an der Baustelle. Bis zu 20.000 Menschen nahmen darüber hinaus an Großdemonstrationen teil. Bei Polizeieinsätzen zur Räumung der Baustelle wurden Hunderte Menschen – darunter auch SchülerInnen und SeniorInnen – verletzt, manche davon schwer.

**Die starken Proteste erregten mediale Aufmerksamkeit und führten zu Ratlosigkeit in der Politik:**

- ▶ Sollte man das Projekt gegen den (weiter zunehmenden) Widerstand durchsetzen oder sollte man es lieber stoppen, auch wenn das rechtlich schwierig wäre und teuer käme?
- ▶ Sollte man die BürgerInnen an der Entscheidung darüber beteiligen, obwohl das Projekt ja von gewählten PolitikerInnen beschlossen und damit demokratisch legitimiert ist?
- ▶ Falls man die BürgerInnen tatsächlich an der Entscheidung beteiligen würde – wer sollte dann mitreden dürfen, wer wären die eigentlich Betroffenen? Die StuttgarterInnen, weil es ja um „ihren“ Bahnhof geht, weil in ihre Stadt eingegriffen wird und sie jahrelang durch die riesige Baustelle beeinträchtigt werden? Oder alle Baden-WürttembergerInnen, weil das Bundesland einen großen Anteil an den Kosten trägt und viele BahnfahrerInnen aus der Region betroffen sind? Oder gar alle Deutschen, da der Bund den größten Anteil an öffentlichen Geldern beisteuert?

*Heinrich Ammerer*

1 Vgl. u.a.: Studie zweifelt Stuttgart 21 an, in: Stern-Online, 7.7.2010, online unter <http://www.stern.de/wirtschaft/immobilien/umstrittener-hauptbahnhof-studie-zweifelt-stuttgart-21-an-1580444.html> (15.8.2011); Bahn hielt wahre Kosten ein Jahr unter Verschluss, in: Stuttgarter Nachrichten, 8.12.2010, online unter <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-bahn-hielt-wahre-kosten-ein-jahr-unter-verschluss.6431488a-a096-431e-825d-c4641028066e.html> (15.8.2011)

Um den Konflikt sachlich zu lösen, einigten sich die Parteien im baden-württembergischen Landtag auf ein Schlichtungsverfahren: Unter der Moderation des ehemaligen CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler diskutierten ProjektbefürworterInnen und -gegnerInnen miteinander sachlich im Fernsehen. Beide Seiten boten ExpertInnen (Ingenieure, Geologen etc.) auf, die die komplizierten Details des Projekts erklären sollten. Die Gespräche begannen am 22. Oktober und endeten am 30. November 2010. Sie wurden live im Fernsehen übertragen und erzielten hohe Einschaltquoten. Die Schlichtungsgespräche wurden mit dem Schlichterspruch des Moderators abgeschlossen: Heiner Geißler entschied, dass Stuttgart 21 zwar gebaut werden soll, aber nur unter Auflagen. Beide Seiten hatten zuvor vereinbart, dass sie den Schlichterspruch akzeptieren würden, egal wie er ausfiele.

*Heinrich Ammerer*

### Arbeitsaufgaben

1. In den Quellen Q<sub>7</sub>–Q<sub>10</sub> (siehe Online-Version) finden sich Meinungen aus Presse, Wissenschaft und Politik zum Wert der Schlichtungsgespräche. Arbeiten Sie heraus, welche Argumente für und welche gegen das Schlichtungsverfahren genannt werden.
2. Welche der Argumente halten Sie für überzeugend, welche überzeugen sie nicht? Begründen Sie Ihr Urteil.
3. Halten Sie diese Form der Konfliktlösung (Schlichtungsverfahren) grundsätzlich für sinnvoll? Wenn ja, für welche Arten von politischen Konflikten eignet sie sich, für welche nicht?

- 1 Kurbjuweit, Dirk: Die Wutbürger, in: Der Spiegel 41, 11.10.2010
- 2 Supp, Barbara: Die Mutbürger, in: Der Spiegel 42, 18.10.2010
- 3 Stolz, Matthias/Wurm, Philipp: Der graue Block, in: ZeitMagazin

- Nr. 02, 5.1.2011
- 4 „Die Zukunft wird sehr kleinteilig sein“. Interview mit Harald Welzer, in: Tageszeitung, 22.10.2010



### ONLINEVERSION

In der Onlineversion der Informationen zur Politischen Bildung auf [www.politischebildung.com](http://www.politischebildung.com) finden Sie folgende Materialien zum Unterrichtsbeispiel:

- ▶ Q1–Q6 Standpunkte politischer Akteure
- ▶ Q7 Positives Beispiel für BürgerInnenbeteiligung
- ▶ Q8 Öffentlichkeit des Verfahrens wichtig
- ▶ Q9 Modell einer modernen BürgerInnengesellschaft erprobt
- ▶ Q10 Demokratie ohne Sachkenntnis ist gefährlich



### WEBTIPP

#### LERNMODULE FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

- ▶ [www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule.html](http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule.html)  
Das Demokratiezentrum Wien bietet auf seiner Wissensplattform die Lernmodule „Das politische System“ und „Demokratieentwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert“ an, die eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Themenschwerpunkt „BürgerInnenbeteiligung“ ermöglichen und das vorliegende Unterrichtsbeispiel gut ergänzen.
- ▶ <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/das-politische-system.html>  
Im Lernmodul „Das politische System“ werden die wichtigsten Basisinformationen zu den Akteuren des österreichischen politischen Systems anhand von Bildern, Grafiken und prägnanten Texten vermittelt. Arbeitsfragen leiten SchülerInnen bei der Erarbeitung des Themas an. Ein Online-Quiz dient der Überprüfung und Festigung des erworbenen Wissens.
- ▶ <http://www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/demokratieentwicklung.html>  
Das Lernmodul „Demokratieentwicklung Österreichs im 20. Jahrhundert“ stellt mittels Schlüsselbildern und prägnanten Texten die Demokratiegeschichte Österreichs dar. Arbeitsfragen leiten SchülerInnen bei der Erarbeitung des Themas an.

# Für den Unterricht – Unterrichtsbeispiel

Heinrich Ammerer

## Zwischen Pest und Cholera: Dilemmasituationen in der Umweltpolitik

<b>Bezug zum Informationsteil</b>	„Rahmenbedingungen im Bereich der Umweltpolitik“
<b>Zielgruppe/Alter</b>	8. Schulstufe und Sekundarstufe II
<b>Lehrplanbezug (AHS-Unterstufe)</b>	Siehe Online-Version
<b>Dauer</b>	1–2 Unterrichtseinheiten
<b>Politische Kompetenzen</b>	Urteilskompetenz, Handlungskompetenz
<b>Zentrale Fragestellungen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>▶ Welche Argumente/Interessen stehen hinter umweltpolitischen Entscheidungen?</li><li>▶ Wie können politisch/moralisch komplexe Entscheidungssituationen analysiert und bewertet werden?</li></ul>
<b>Konfliktlinien der Umweltpolitik</b>	<p><b>Vorüberlegungen</b></p> <p>Im Bereich der Umweltpolitik prallen unterschiedliche Interessen aufeinander, die von unterschiedlich starken Akteure und Akteurinnen vertreten werden. Häufig verlaufen die Konfliktlinien zwischen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▶ Gesellschafts- bzw. Wirtschaftsinteressen (z.B. an günstiger Energieversorgung, Wohnbau, technischem Fortschritt, Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum, militärstrategischen Vorteilen etc.)</li><li>Interessen von Individuen bzw. Gruppen (z.B. an Wohlstand, Eigentum, Lebensqualität, Konsumfreiheit etc.)</li><li>▶ Interessen, die durch die Betroffenen selbst nicht vertreten werden können und deren Wahrung daher in der moralischen Verantwortung der Gesellschaft liegt (z.B. bei Natur-/Klimaschutz, Interessen der künftigen Generationen).</li></ul> <p>Zwischen diesen Interessen muss vermittelt werden – durch Kompromissbildung und Rücksichtnahme auf die politische Durchsetzbarkeit von Forderungen.</p>
<b>Kompromisse schwer möglich</b>	Nicht wenige umweltpolitische Probleme stellen sich aber als politische Dilemmata dar, bei denen Kompromisse nicht oder nur schwer möglich sind. Dementsprechend liegt es nahe, bei solchen Themen auch im Unterricht Dilemma-Methoden anzuwenden. Indem politische Probleme abwägend und rücksichtsvoll gelöst werden, können sowohl die Urteilskompetenz als auch die Handlungskompetenz angesprochen werden.
<b>Förderung politischer Urteilskompetenz</b>	<p><b>Methodisch-didaktische Hinweise</b></p> <p>Das Dilemma ist ein Sonderfall eines Problems – es gibt nur zwei Alternativen, von denen keine zu einem befriedigenden Ergebnis führt, die Wahl zwischen Skylla und Charybdis. Dilemma-Methoden sind vor allem aus dem Ethik-Unterricht bekannt (etwa das berühmte Heinz-Dilemma, das auf Lawrence Kohlberg<sup>1</sup> zurückgeht), wo SchülerInnen durch die</p>

Konfrontation mit moralischen Zwickmühlen verdeutlicht werden soll, wie schwierig es ist, moralisch bzw. moralisch-rechtlich komplexe Sachverhalte eindeutig zu beurteilen.<sup>2</sup> Auch in der politischen Bildung finden Dilemmasituationen Anwendung und zielen dabei vor allem auf die Förderung politischer Urteilskompetenz ab.<sup>3</sup>

Beim Einsatz der Dilemma-Methode ist nicht die Entscheidung über den Fall selbst von Bedeutung (sie kann, wie im nachfolgenden Beispiel, auch ganz entfallen), sondern ihre Begründung und die gewissenhafte Ausformulierung, Abwägung und Reflexion der Argumente.

## ORGANISATION UND PLANUNG DER UNTERRICHTSBEISPIELE

---

	<b>Vorbereitung</b>
<b>Auswahl des Themas</b>	<p>Am Beginn der Dilemma-Methode steht die Auswahl des Themas. Gerade in der Umweltpolitik bietet sich eine Vielzahl von Problemen mit Dilemmacharakter an, etwa im Bereich des Klimaschutzes, z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▶ Sollen arme Länder die Umwelt stärker verschmutzen dürfen?</li><li>▶ Soll Getreide für die Biospritproduktion verwendet werden?</li><li>▶ Sollen energieverwendende Geräte verboten werden?</li><li>▶ Sollen mehr Atomkraftwerke gebaut werden, um die Erderwärmung zu bremsen?</li><li>▶ Sollen die Atomkraftwerke stillgelegt und durch Kohlekraftwerke ersetzt werden? Etc.</li></ul> <p>Oder auch den Naturschutz betreffend:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▶ Soll die Umwidmung von Grünland in Bauland gebremst werden, um die Landschaft zu erhalten?</li><li>▶ Soll der Import von Tropenhölzern verboten werden?</li><li>▶ Soll der Individualverkehr stärker besteuert werden, um den öffentlichen Verkehr zu fördern? Etc.</li></ul>
<b>Konkrete Dilemma-Situation</b>	<p>Aus dem noch abstrakten Thema muss im nächsten Schritt eine konkrete Dilemma-Situation konstruiert werden. Wesentlich ist dabei, dass es dabei sowohl konkrete Betroffene mit individuellen Interessen als auch öffentliche Interessen (sowie eventuell Interessen des Naturschutzes) gibt. Beispielsweise kann der Bau des größten Wasserkraftwerks der Welt, des Drei-Schluchten-Damms, nicht nur auf ökologisch-geologischer bzw. ökonomischer Ebene diskutiert werden, wenn es auch die Einzelschicksale der offiziell 1,24 Millionen Zwangsumgesiedelten zu berücksichtigen gilt.<sup>4</sup> Der Konflikt zwischen moralischen und politischen Forderungen wird anhand der persönlichen Konkretisierung deutlich.</p>
<b>Sekundarstufe I: lokales Dilemma</b>	<p>Während in der Sekundarstufe II Dilemmata in globalen Dimensionen angegangen werden können, erscheint es in der Sekundarstufe I sinnvoll, wenn das Dilemma auf einer lokalen Ebene angesiedelt wird, um die Lebenswelt der SchülerInnen stärker zu berühren. Beispielfhaft:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>▶ Am Stadtrand sollen bislang unberührte Landstriche in Bauland umgewidmet werden, um Wohnungen (oder Gewerbegebiete) zu schaffen. Dadurch verspricht man sich eine Linderung der Wohnungsnot und eine Senkung der Mietpreise (oder die Schaffung von Arbeitsplätzen). Es gehen aber auch wertvolle Naherholungsgebiete verloren.</li><li>▶ An einem Fluss ist der Bau eines Wasserkraftwerks geplant. Dadurch könnte erneuerbarer Strom für eine ganze Kleinstadt produziert werden, gleichzeitig würde aber eine biologisch wertvolle Aulandschaft zerstört.</li><li>▶ Um die Stromversorgung des Landes zu sichern, ist der Bau einer neuen Hochspannungsleitung geplant. Die 60 Meter hohe Leitung soll rund hundert Kilometer weit verlegt werden und streift dabei einige Dörfer und Siedlungen. Die betroffenen Bewohne-</li></ul>

- rInnen befürchten gesundheitliche Schäden und fordern eine unterirdische Verlegung der Kabel. Das wäre jedoch sehr teuer und würde sich auf den Strompreis auswirken.
- ▶ Um den öffentlichen Verkehr auszubauen, soll eine wichtige Eisenbahnstrecke begradigt werden. Einer der Grundbesitzer will das Land für den Bau nicht an die Eisenbahngesellschaft verkaufen. Die Eisenbahngesellschaft fordert, dass er enteignet (und entschädigt) wird.
  - ▶ Die schlechte Luft entlang einer viel befahrenen Autobahnstrecke hat gesundheitliche Auswirkungen auf die AnwohnerInnen. Die Behörde überlegt daher, die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf 70 km/h zu reduzieren, da dies die Feinstaub- und Ozonwerte drastisch senken würde. BerufspendlerInnen befürchten, dass sie dann erheblich länger zur Arbeit unterwegs sein würden.

DAS DILEMMA	A R B E I T S W I S S E N
<p>Bei den meisten politischen Problemen führen verschiedene Wege zum Ziel, und die Schwierigkeit besteht darin, eine Lösung (bzw. einen Kompromiss) zu finden, der alle Interessen berücksichtigt. Als „Dilemma“ (oder auch „Zwickmühle“) wird eine Problemsituation bezeichnet, bei der es nur zwei Handlungsmöglichkeiten gibt, die aber dummerweise beide zu unerwünschten Ergebnissen führen. Die beiden Handlungsmöglichkeiten sind außerdem ungefähr gleich (un-)attraktiv, sodass es schwer ist, sich zwischen ihnen zu entscheiden. Die Schwierigkeit besteht bei einem Dilemma also darin, genau abzuwägen und das kleinere der beiden Übel zu wählen. Stehen statt zwei drei (ungünstige) Handlungsmöglichkeiten offen, spricht man von einem „Trilemma“, bei noch mehr von einem „Polylemma“.</p> <p style="text-align: right;"><i>Heinrich Ammerer</i></p>	

<b>Ablauf der Unterrichtssequenz</b>	
<b>Arbeitswissen erarbeiten</b>	Zu Beginn kann den SchülerInnen das Wesen von Dilemmasituationen (die sie ja selbst aus ihrem Alltag kennen) erläutert werden (siehe den Arbeitswissenskasten „Das Dilemma“). Daran schließen sich drei Phasen an:
<b>Konfrontation</b>	1. <i>Konfrontation</i> : Die SchülerInnen werden mit der Dilemmasituation konfrontiert und gebeten, im Plenum eine erste Stellungnahme abzugeben. Pro- und Kontra-Argumente werden an der Tafel gesammelt. Da aufgrund der geringen Auseinandersetzung mit dem Thema die Beurteilung der Situation noch „aus dem Bauch“ heraus erfolgt, ist die Argumentation hier noch wenig differenziert.
<b>Vertiefung</b>	2. <i>Vertiefung</i> : Um verschiedene Argumente und Interessenslagen zu sammeln, ist eine Vertiefungsphase notwendig. Dazu sind verschiedene Methoden, Medien und Sozialformen denkbar. Beispielsweise können Artikel aus Journalen und Tageszeitungen herangezogen werden, in denen Argumente beider Seiten und Reportagen über Betroffene zu finden sind.
<b>Beurteilung</b>	3. <i>Beurteilung</i> : Die SchülerInnen erhalten das Formblatt zur Dilemma-Analyse (siehe Informationen zur Online-Version) und listen darin in Partner- oder Gruppenarbeit die Argumente auf, die für und gegen die beiden Alternativen sprechen. Dabei sollte nach Möglichkeit Redundanz vermieden werden, d.h. darauf geachtet werden, dass der selbe Grundgedanke nicht in verschiedenen Formen variiert wird (z.B. „Arbeitsplätze gehen verloren“ und „Dadurch, dass Arbeitsplätze verloren gehen, verarmen die Menschen“).
<b>Diskussion im Plenum</b>	Anschließend versuchen die SchülerInnen, die Argumente zu gewichten, indem sie ihnen auf dem Formblatt unterschiedlich hohe Bedeutung beimessen. Die Gewichtung wird in einer gemeinsamen Abschlussdiskussion im Plenum besprochen.



**Sekundarstufe II: Politisierungsphase** In der Sekundarstufe II kann eine Ausweitung des Dilemmas durch eine zusätzliche Politisierungsphase, wie sie Michael May vorschlägt<sup>5</sup>, sinnvoll sein. Sie soll den SchülerInnen durch allgemeine Fragestellungen verdeutlichen, dass politisches Handeln in der Realität nicht auf moralisch fundiertem Denken aufgebaut sein muss. Auch kann das Dilemma als Ausgangspunkt für die weiterführende Behandlung von Themen wie „Nachhaltigkeit“, „Umweltschutz“ und „Grenzen des Wachstums“ dienen.

## UNTERRICHTSBEISPIEL FÜR DIE SEKUNDARSTUFE I

**Für die 8. Schulstufe** Das nachfolgende Beispiel ist für die Anwendung in der 8. Schulstufe im Fach GSK/PB konzipiert, kann aber ohne Adaptionen auch in der Sekundarstufe II verwendet werden. Durch die inhaltlichen Überschneidungen im Bereich Umweltpolitik bietet sich auch die Behandlung in Biologie und Umweltkunde sowie Geographie und Wirtschaftskunde an. Für das Beispiel sollten etwa eineinhalb Unterrichtseinheiten eingeplant werden.

### Konfrontation

**Einzelarbeit und folgendes Plenum** Die SchülerInnen erhalten die Situationsbeschreibung  $M_1$ . Sie versetzen sich dabei in die Mitglieder des Gemeinderates eines Alpendorfes, der sich für oder gegen den Bau einer Liftanlage und einer Schipiste entscheiden muss. In einer ersten gemeinsamen Runde werden an der Tafel Pro- und Kontra-Argumente gesammelt.

### Vertiefung

**Rollenspiel, Diskussion im Sesselkreis** Die Vertiefung erfolgt hier durch ein Rollenspiel<sup>6</sup>, in dem verschiedene Argumente und Sichtweisen eingebracht werden. Dabei wird die gemeinsame Diskussion im Gasthaus „Zur Post“ inszeniert. Neun Rollenkartchen ( $M_2$ ) werden an SchülerInnen vergeben. Die SchülerInnen arbeiten sich kurz in ihre Rolle ein und diskutieren anschließend das Projekt im Sesselkreis. Moderiert wird die Diskussion von der Bürgermeisterin oder gegebenenfalls vom Lehrer/von der Lehrerin. Der Rest der Klasse nimmt als Publikum an der Diskussion teil.

### Beurteilung

**Analyse des Dilemmas** Sind im Rollenspiel alle TeilnehmerInnen mit ihren Argumenten zu Wort gekommen und die Diskussionsprozesse zum Erliegen gekommen, wenden sich die SchülerInnen an ihren Sitzplätzen der Analyse und Beurteilung des Dilemmas zu.

**Partnerarbeit, Plenum** Dazu erhalten sie das Dilemma-Analyseblatt (siehe Online-Version) und tragen in Partnerarbeit Argumente ein, die für bzw. gegen jede der beiden Alternativen sprechen (siehe das Beispielblatt  $M_3$ ). Anschließend gewichten sie die Argumente, indem sie Bedeutungspunkte (0–10) vergeben. Abschließend werden die Argumente an der Tafel gesammelt und ihre Gewichtung gemeinsam besprochen. Dabei wird insbesondere erörtert, welche der aufgelisteten Folgen sicher eintreten werden und welche nur möglicherweise, und wie negative Folgen vermieden oder kompensiert werden könnten.

- 1 Kohlberg, Lawrence: The Claim to Moral Adequacy of a Highest Stage of Moral Judgment. *Journal of Philosophy*, 70(18)/1973, S. 630–646
- 2 Vgl. dazu unterrichtsmethodisch beispielsweise Schuster, Peter: Von der Theorie zur Praxis – Wege zur unterrichtspraktischen Umsetzung des Ansatzes von Kohlberg, in: Edelstein, Wolfgang et al. (Hrsg.): *Moralische Erziehung in der Schule*. Weinheim 2001, S. 177–212; allgemeiner: Kuhmerker, Lisa et al. (Hrsg.): *Lawrence Kohlberg. Seine Bedeutung für die pädagogische und psychologische Praxis*. München 1996; zur Übersicht über mögliche moralische Dilemmata aktuell: Cohen, Martin: *99 moralische Zwickmühlen: Eine unterhaltsame Einführung in die Philosophie des richtigen Handelns*. München 2010; ein praktisches online-Beispiel mitsamt didaktischer Begleitung findet sich auf <http://www.zellux.net> (13.9.2011)
- 3 Vgl. beispielhaft: Wehner, Michael: *Politische Dilemmata*, in: Lage, Dirk/Reinhardt, Volker (Hrsg.): *Basiswissen Politische Bildung*. Baltmannsweiler 2007; May, Michael: *Dilemma-Methode*, in: Reinhardt, Sibylle/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Politikmethodik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II*. Berlin 2007, S. 49–53; Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Urteil und Dilemma, Themenblätter im Unterricht Nr. 64*, 2007, online unter <http://www.bpb.de/files/ZKGE82.pdf> (13.9.2011)
- 4 Vgl. Ehrling, Johnny: *Chinas Drei-Schluchten-Damm wird zum Debakel*, in: *Welt-online*, 20.5.2011
- 5 May regt dabei die Diskussion u.a. folgender Punkte an: Welche Folgen und Nebenfolgen hätten Handlungen, die sich an unserem moralischen Urteil orientieren? Soll angesichts der Folgen unser moralisches Urteil handlungswirksam werden? Durch welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Interessen, Machtkonstellationen, rechtliche Regelungen, soziale Ungleichheiten etc.) wurde das Dilemma herbeigeführt? Wie ist die rechtliche Lage? Existieren vielleicht doch Möglichkeiten alternativer Konfliktlösung? Gibt es Möglichkeiten zur Vermeidung des Dilemmas? Vgl. May, *Dilemma-Methode*. Diese vierphasige Form der Dilemma-Methode wurde auch von Sibylle Reinhardt propagiert, wurde jedoch von anderer Seite auch kritisch betrachtet (vgl. dazu Reinhardt, Sibylle: *Politikdidaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II*. Berlin 2005, S. 152)
- 6 Vgl. zum Rollenspiel im Politikunterricht Reinhardt, *Politikdidaktik*, S. 190–201

**MATERIALIEN UND KOPIERFÄHIGE VORLAGEN**

**M<sub>1</sub> Situationsbeschreibung**

Im kleinen Alpendorf Brins herrscht dicke Luft. Vor einigen Monaten hat ein großer Schiliftbetreiber Interesse bekundet, am Ortsrand eine moderne Liftanlage zu errichten, mit der Brins an ein großes benachbartes Schigebiet angeschlossen würde. Der Lift, die dazugehörige Schipiste, die Beschneigungsanlagen und eine neue Straße müssten allerdings durch das Brinser Naturschutzgebiet verlaufen, in dem seltene Tier- und Pflanzenarten beheimatet sind. Brins hat bislang keinen Schilift und daher auch fast keinen Wintertourismus. Schnell fand das Projekt daher begeisterte Anhänger und Anhängerinnen, aber auch unterschiedene GegnerInnen. Die BefürworterInnen sehen darin eine Möglichkeit, den Tourismus anzukurbeln und dadurch die schwächelnde Wirtschaft des Ortes zu beleben. Die GegnerInnen befürchten, dass das Naturschutzgebiet und die schöne Landschaft um Brins durch das Projekt geschädigt werden.

Die Bürgermeisterin hat nun alle BürgerInnen und Betroffenen zur gemeinsamen Diskussion in das Gasthaus „Zur Post“ eingeladen. Sie möchte, dass alle Argumente für und gegen das Projekt vorgebracht werden, damit sich die Gemeinderatsmitglieder eine Meinung bilden können. In der nächsten Gemeinderatssitzung soll dann beschlossen werden, ob die Gemeinde Brins das Projekt befürwortet. Die Zeit drängt, denn der Schiliftbetreiber hat angekündigt, sich nach einem anderen Ort für den Schilift umzusehen, wenn sich die Gemeinde Brins nicht hinter das Projekt stellt.

**Arbeitsaufgabe:**

- ▶ Lest die Situationsbeschreibung und versetzt euch dabei in die Mitglieder des Gemeinderates dieses Dorfes.
- ▶ Danach sammelt an der Tafel Pro- und Kontra-Argumente.

**M<sub>2</sub> Rollenkarten**

**Franziska Weiss, 51, Bürgermeisterin**

Du bist für den Liftbau, weil er dein Dorf aufwerten würde – Brins würde dadurch schließlich zum Wintersportort! Das würde viele Steuereinnahmen für die Gemeinde bringen – so könnte man endlich den riesigen Schuldenberg angehen, der sich in den letzten Jahren aufgetürmt hat. Und das Dorf wieder attraktiver machen, für junge Familien zum Beispiel.

**Josef Kirnis, 19, Mechaniker**

Du bist für den Schilift, weil du später gerne selbst bei dem Seilbahnunternehmen arbeiten würdest. Durch den Lift würden neue Arbeitsplätze in Brins entstehen und es wäre endlich wieder was los – vor allem im Winter. Im Moment ziehen die jungen Leute weg und kommen auch nicht wieder, weil es hier zu wenig Arbeit gibt.

**Murat Ertekin, 39, Einzelhändler**

Als Kind hast du einen Großteil deiner Freizeit oben im Naturschutzgebiet verbracht – solche herrlichen Flecken gibt es in den Alpen nur noch wenige. Wenn der Lift und die Piste kommen, ist es damit aus. Du kannst nicht verstehen, wieso Brins seine Naturschätze gegen ein paar Arbeitsplätze eintauschen soll. Schließlich soll die Natur auch für deine Enkel erhalten bleiben.

**Rüdi Pfremser, 48, Seilbahnunternehmer**

Du hast viel Geld in die Erschließung des Nachbartales gesteckt – in Almhütten, Lifte und Hotels. Der Lift in Brins ist dringend notwendig, damit das Schigebiet leichter zu erreichen ist. Das Schigeschäft läuft durch die warmen Winter ohnehin nicht mehr gut – die Dorfbewohner sollten lieber daran denken, wie viele Arbeitsplätze im ganzen Land gefährdet sind, wenn das Schigebiet nicht bald attraktiver wird.

**Karl Eglseer, 61, Hotelier**

Dir gehört das Hotel „Alpenblick“. Seit Jahren schon ist das Hotel schlecht ausgelastet. Wenn sich nicht bald etwas ändert, musst du das Hotel aufgeben – die WandertouristInnen, die Brins im Sommer besuchen, werden immer weniger. Mit dem Schilift würde das Dorf auch viele Wintergäste anlocken können. Dein Hotel würde mindestens doppelt so viele Gäste beherbergen und du könntest im Winter zusätzliches Personal einstellen.

**Monika Glengis, 52, Umweltanwältin**

Bei größeren Eingriffen in die Natur hat auch die Umweltanwaltschaft des Landes ein Wörtchen mitzureden – sie vertritt die Interessen der Umwelt. Für dich geht es bei dieser Diskussion um den Erhalt des Naturschutzgebietes – und um's Prinzip: Wozu werden überhaupt Naturschutzgebiete ausgewiesen, wenn sie ohnehin jederzeit wirtschaftlichen Interessen geopfert werden können?

**Evelyn Frey, 26, Lehrerin**

Grundsätzlich wärest du ja für das Projekt, hast aber deine Zweifel daran, ob es wirtschaftlich klug ist. Du verstehst nicht, wie sich ein weiterer Schilift überhaupt rentieren kann. Die Zahl der SchifahrerInnen auf den Pisten und der Kinder in den Schikursen nimmt doch seit Jahren ab. Im schlimmsten Fall wird hier der Schilift gebaut, für die Piste wird die Natur plattgewalzt – und in ein paar Jahren sperren sie dann alles zu.

**Kevin Blamschi, 35 Biologe**

Du bist als Biologe eigens aus der Hauptstadt angereist, um vor dem Projekt zu warnen. Im Naturschutzgebiet leben gefährdete Tier- und Pflanzenarten, die nicht geopfert werden dürfen. Das wäre ein Verbrechen an der Natur, dem größten Schatz, den Brins hat. Der Ort soll lieber sanften Wandertourismus bieten, so könnte Geld verdient werden, ohne die Natur zu zerstören.

**Elena Savic, 42, Bürokräft**

Du hast Angst, dass die Lebensqualität in Brins abnimmt – wenn das Dorf zum Schisportort wird, werden die Grundstückspreise und Lebenskosten steigen und Brins im schlimmsten Fall von grölenden und lauten MassentouristInnen überschwemmt. Dann wäre der ruhige und idyllische, vielleicht auch ein wenig verschlafene Charakter des Ortes, den du so liebst, dahin.

**Arbeitsaufgabe:**

- ▶ Wählt eure Rollen und lest eure Rollenkarte genau durch. Überlegt, was ihr in der folgenden Diskussion im Gasthaus „Zur Post“ sagen werdet.
- ▶ Die Diskussion wird von der Schülerin oder dem Schüler geleitet, die oder der die Bürgermeisterin spielt (es kann auch euer Lehrer/eure Lehrerin die Moderation übernehmen).
- ▶ Diskutiert das Projekt in einem Sesselkreis.

**M<sub>3</sub>** Beispielhaft ausgefülltes Dilemma-Analyseblatt

**DILEMMA:**

**Soll in Brins ein Schilift gebaut werden oder besser nicht?**

Arbeitsaufgabe: Argumente auflisten und diesen nach Bedeutung Punkte zuteilen  
(0 Punkte unwichtig, 10 Punkte sehr wichtig)

**Wahlmöglichkeit 1:**

**Der Lift wird gebaut**

**Positive Folgen**

Neue Arbeitsplätze entstehen

Bedeutung 8

In Brins ist mehr los

Bedeutung 2

Die Gemeinde kann ihre Schulden abbauen

Bedeutung 7

**Negative Folgen**

Tiere und Pflanzen werden verdrängt/haben noch weniger Rückzugsraum

Bedeutung 9

Die Kosten für Wohnen und Leben steigen

Bedeutung 4

Naturschutzgebiete werden dann auch woanders leichter aufgehoben

Bedeutung 3

**Wahlmöglichkeit 2:**

**Der Lift wird nicht gebaut**

**Positive Folgen**

Die Natur wird für die kommenden Generationen erhalten

Bedeutung 9

Brins kann in Zukunft mit sanftem Tourismus werben

Bedeutung 4

Die Rechte von Wildtieren werden berücksichtigt

Bedeutung 5

**Negative Folgen**

Menschen verlieren möglicherweise Arbeitsplätze

Bedeutung 5

Junge Menschen ziehen weg, weil es zu wenig Arbeit gibt

Bedeutung 4

Die Gemeinde muss woanders sparen, um ihre Schulden abzubauen

Bedeutung 6